Haushaltsrede 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mittlerweile Tradition, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt beraten, in dem die beschlossenen Aufgaben finanziert sind, eine gute Zuführungsrate erwirtschaftet wird und wir somit ohne Kreditaufnahme ins Jahr starten. Dies ist erfreulicherweise auch in diesem Jahr so, allerdings ist der Blick in die mittelfristige Finanzplanung ernüchternd.

In den vergangenen Jahren ist es aber nicht nur von uns gewünscht, sondern von der Verwaltung selbst erkannt worden, dass die Herausforderungen der Haushaltsberatungen in den Entscheidungen für die mittelfristigen Finanzplanungen liegen. Diese Betrachtung ermöglicht uns das in Renningen gewohnte vorsichtige und solide Arbeiten und ist Voraussetzung für nachhaltige Entscheidungen.

Daher liegt das Hauptaugenmerk unserer diesjährigen Haushaltsrede in der Bewertung der in dieser mittelfristigen Finanzplanung genannten Projekte. Zunächst aber noch einige Anmerkungen zu den im Haushalt abgebildeten Aufgaben für dieses Jahr:

Im Zuge des Umbaus bzw. der Neugestaltung des P+R-Platzes am Nordbahnhof ist die Umgestaltung der Fahrradabstellplätze im südlichen Bereich bereits in der letzten TA-Sitzung besprochen worden. Es wurde mitgeteilt, dass die Kosten hierfür in den Nachtragshaushalt einfließen sollen. Wir regen eine Bereinigung bereits mit dem vorliegenden Haushalt an. Die dafür notwendigen Mittel sollten unserer Ansicht nach um einen angemessenen Betrag für die Erweiterung und Erneuerung der Fahrradabstellplätze am Bahnhof Malmsheim-West erhöht werden.

Die Verwaltung hatte die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans zugesagt, wenn die Planungen für den Lückenschluss absehbar sind. Es ist bekannt geworden, dass die weiteren Planungen auf der Beobachtung des jetzt erstellten Provisoriums basieren werden und in den nächsten fünf Jahren kein weiterer Umbau erfolgen wird. Wir sehen daher die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans als wichtiges Instrument, um erste Maßnahmen aus dem Lärmentwicklungsplan integrieren zu können. Ganz besonders wichtig wird dieser Plan um die Durchgangsverkehre weiter zu begrenzen und um das Thema Klimaschutz im Verkehrsbereich gezielt anzugehen. Hier sehen wir die erste große Aufgabe eines neuen Stadtbaumeisters. Eine Finanzierung des Verkehrsentwicklungsplans in diesem Haushalt ist notwendig und war zugesagt.

Die Wiederaufnahme des EEA-Verfahrens in diesem Jahr begrüßen wir und hoffen, dass wir das Verfahren ohne weitere Verzögerungen umsetzen können.

Die Einstellung von 100.000,- Euro für die Gestaltung von nur zwei (von insgesamt bald 8) Kreiseln halten wir eindeutig für zu hoch. Es stellt sich hier auch die Frage, ob die Erstellung der Kreisel, die Kreisaufgabe ist, nicht auch zumindest die Grundgestaltung (außer der Erdaufschüttung) beinhaltet. Eine davon abweichende gestalterische Aufwertung ist Sonderaufgabe der Kommune und entsprechend abzuwägen. Wir wünschen hierzu zumindest eine weitergehende Auskunft darüber was gestalterisch im Aufgabenbereich des Kreises liegt, und wie die Verwaltung zu diesem Thema u.U. argumentiert.

Es gibt Themen, die in den Stellungnahmen zum Haushalt gerne aufgegriffen und unterschiedlich bewertet werden. Ein solches Thema sind die Personalkosten [wie wir bereits gehört haben]. Jenseits des gestiegenen Betrages der Personalkosten ist bei genauer Betrachtung festzustellen, dass der Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt sinkt! 1994 lag der Anteil bei 30,4%, 2004 bei 29,8% und in diesem Jahr liegt er bei 28,4%. Auf die Sozialstation, bei der kostendeckend gearbeitet wird, entfielen 2004 6% der städtischen Personalkosten. In diesem Jahr sind es 8%. In diesem Fall ist der Anstieg der Personalkosten nicht nur kostendeckend, sondern auch unter dem Aspekt der Arbeitsplatzschaffung und der generierten Einnahmen zu sehen. Ähnlich verhält es sich im Bereich der Kinderbetreuung, die insgesamt nicht kostendeckend ist, jedoch zum größten Teil durch Gebühren und den Landeszuschuss abgefedert wird. Ansonsten wird mittlerweile auch von der Verwaltung immer wieder eingeräumt, dass die anstehenden Aufgaben mangels Personal nicht oder nur verzögert bewältigt werden können. Es ist festzuhalten, dass unsere Kommune im Verwaltungsbereich zu schlank aufgestellt ist, dadurch wichtiges Kreativpotential verschenkt und so die komplexen Aufgaben der bestehenden und künftigen Entwicklung scheinbar effizient abarbeitet, aber nicht zwingend nachhaltig entwickelt. Daran ändern die in diesem Haushalt dargestellten Personalzuwächse nicht wirklich Grundsätzliches. Wir erwarten, dass der Erkenntnisgewinn der Verwaltung im nächsten Haushalt in der Erhöhung der Hebesätze Eingang findet. Diese notwendige Maßnahme steht nämlich nicht nur im Zusammenhang mit den Personalkosten sondern auch mit den in der mittelfristigen Finanzplanung genannten - teilweise bisher mehrfach aufgeschobenen- umfangreichen Projekte.

Die vom Gemeinderat beschlossene bedarfsgerechte Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Betreuung, Sport, Freizeit und Kultur wurde von der Verwaltung in einem schlüssigen und guten Konzept aufgearbeitet. Allerdings hat dieses Konzept auch offenbart, dass wir – entgegen der bisherigen Praxis – bei der Vermarktung in unserer Kommune nicht länger von einer hervorragenden Infrastruktur sprechen dürfen. Wir haben durch die Aufsiedlung der letzten Jahre einen Bedarf an städtischen Einrichtungen geschaffen, den wir mit den bestehenden leider schon eine geraume Weile nicht bedienen. Wir müssen also folgerichtig von einem Sanierungs- und Investitionsstau sprechen. Die Behebung dieses Staus liegt jetzt als Mammutaufgabe vor uns. Bei der Entscheidung, welche der notwendigen Aufgaben wann und wie zu erledigen sind, müssen die Folgen der jetzt weiterhin anstehenden Aufsiedlung mit berücksichtigt werden.

Zu den Projekten im Einzelnen:

Der Bau der dreiteiligen Sporthalle mit Leichtathletikteil und Bewegungslandschaft ist in Abwägung mit den anderen Sportstätten unserer Meinung nach zu priorisieren. Wir sehen daher die Planungen für den Hallenbau bereits in diesem Jahr als notwendig an. Allerdings sind wir der Meinung, dass beim Ausbau dieser Halle der Tatsache Rechnung getragen werden muss, dass wir bei den Ballsportarten – ebenso wie beim Fußball – eine Qualität und ein Niveau erreichen können, die mit Klassenaufstiegen und damit erhöhten Besucherzahlen verbunden sein kann. Bei künftig drei Hallen besteht die Notwendigkeit – und hier auch die Möglichkeit – die neue Halle für entsprechende Besucherkapazität zu bauen, auch bei Verteuerung durch erhöhte Brandschutzmaßnahmen.

Bei der Mühlgasse 6 haben wir Grünen lange einen Erhalt der Hofanlage durch private Wohnraumnutzung befürwortet, dafür allerdings keine Mehrheit erhalten. Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept der Nutzung des Wohnhauses als Archiv und der Scheune als Galerie und Kleinkunstbühne war seit Jahren der erste Ansatz einer Nutzung als städtisches Gebäude. Wir müssen allerdings in Anbetracht der oben skizzierten Abwägungen hier nochmals einige Fragen aufwerfen. Die Sanierung für die von der Verwaltung vorgeschlagene Nutzung schafft ein weiteres öffentliches Gebäude als Kostenfaktor, dem nur geringe bis gar keine Einnahmen gegenüber stehen. Als stellvertretende Vorsitzende des Kunstforum Renningen e.V. habe auch ich mich den Visionen einer ständigen Galerie hinge-geben. Fast jeder Künstler genießt die Möglichkeit, in solch sanierten Räumen auszustellen. Dennoch muss ich sagen, dass dem Kunstforum und auch den Künstlern, die eine Kleinkunst-bühne nutzen würden, in Renningen andere Möglichkeiten offenstehen und das kulturelle Leben in unserer Stadt nicht von Mühlgasse 6 abhängt. Sie wäre wünschenswert, ist aber nicht notwendig. Auf der anderen Seite ist unserem Antrag auf Veräußerung zum Umbau in Wohnraum immer das Argument des Erhalts der historischen Hofanlage entgegengebracht worden. Wir müssen hier nochmals in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die Möglich-keiten der Stadtsanierung und der entsprechenden „Lenkung“ in unserer Verwaltung bisher nicht erkannt und genutzt werden. Unser Antrag auf Veräußerung des Anwesens wurde immer mit dem Verlust impliziert. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass der Erhalt der Hofstelle viel eher als Privatengagement als mit öffentlicher Hand zu erreichen ist.

Zur Umgestaltung der Hauptstraße, der Belebung und der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt müssen wir unseren Antrag aus dem letzten Jahr zitieren:

„Auch hier sehen wir den Bedarf, einer Sanierung ein grundsätzliches Nutzungs- bzw. Umnutzungskonzept voranzustellen. Besonders vor dem Hintergrund einer nötigen Erweiterung des Rathauses, der Belebung des Altstadtkernes und der Ansiedlung des evangelischen Gemeindehauses.“

Im Zusammenhang mit dem von der CDU bereits im Dezember angekündigten und eben gehörten Antrag auf Überplanung des Gebiets Jahnstraße stellen wir folgenden weitergehenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gebiet Hauptstraße, Kirchplatz, vordere Malmsheimer Straße, Hintere Gasse, Schwanenstraße bis zur Jahnstraße (Bürgersaal/ Feuerwehrhaus) in einer Mehrfachbeauftragung städtebaulich zu überplanen. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf die notwendigen Bauten bzw. Erweiterungen evangelisches Gemeindehaus, Rathaus, Sozialstation, Stadtarchiv und Museum, sowie betreutes Wohnen gelegt werden. Dafür sind die jeweiligen anliegenden Gebäude und Grundstücke auf ihre Umnutzung zu überprüfen.

Meine Damen und Herren, dieser komplexe Antrag lässt einen im ersten Moment – gerade im Hinblick auf die oben genannten Aufgaben und Abwägungen – heftigst durchschnaufen. Wegen der Dringlichkeit des Themas findet dazu eine Klausursitzung im Februar statt. Wir sehen aber gerade im Bereich um das Rathaus im städtischen Bestand Potenzial, welches mit den vorgenannten Aufgaben in Einklang gebracht werden soll und muss. Nicht nur die Verwaltung, auch die Kollegen im Gremium haben sich unserer Auffassung angeschlossen, dass nur mit langfristigsten Konzepten und Planungen die entsprechenden Abwägungen und Entscheidungen nachhaltig getroffen werden können. Wir gehen davon aus, dass nur so in diesem sensiblen und wichtigen Quartier die für uns richtigen Entscheidungshilfen aufgezeigt werden können. Die damit einhergehende zeitliche Verzögerung ist zwar bedauerlich aber unserer Meinung nach notwendig.

Nur am Rande noch ein Hinweis auf die Nachhaltigkeit von Entscheidungen. Wir haben im diesjährigen Haushalt eine Position für die Endabrechnung des Regierungspräsidiums betreffend die plangerechte Anbindung der Leonberger Straße an den Neubau B 295. Bereits seit über einem Jahr arbeitet das Regierungspräsidium an einer Überplanung genau dieses Bauabschnittes. Wir sollten die Nachhaltigkeit unserer Entscheidungen nicht nur selbst überprüfen und einhalten, sondern sie auch von übergeordneten Gremien und Verwaltungen einfordern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in diesem Jahr Entscheidungen zu treffen, die uns finanziell langfristig binden. Die gewohnte Weitsicht und Konstruktivität in den Beratungen wird es uns auch in diesem Jahr erleichtern, ausgewogene Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gutes Jahr.

Vielen Dank!

Martina Siedentopf • Jochen Breutner-Menschick • Erwin Eisenhardt • Jörg Stenner